Gemeinsame Zehn-Punkte-Erklärung von DGB und SoVD zu Mindestlöhnen

1) Verlust der sozialen Mitte
In Niedersachsen gibt es einen deutlichen Trend zur sozialen Polarisierung. Die soziale Mitte nimmt langsam ab, während relative Armut und relativer Reichtum wachsen. Das zeigt sich auch dadurch, dass immer mehr Menschen nicht von ihrer Arbeit leben können. Laut Zahlen der Bundesagentur für Arbeit hat die Zahl von Menschen, die in Niedersachsen trotz einer Erwerbstätigkeit Arbeitslosengeld II zur Sicherung ihrer Existenz benötigen, im April 2007 den Höchststand von rund 114.000 erreicht. Bezogen auf September 2005, als 88.000 Menschen auf diese zusätzlichen Leistungen angewiesen waren, bedeutet das eine Steigerung der Aufstocker um fast 30 Prozent. Gut 17 Prozent aller Beschäftigten arbeiten bundesweit im Niedriglohnbereich. Einen Niedriglohnbereich müssen wir nicht einführen – wir haben ihn leider schon.

2) Niedriglöhne machen doppelt arm
Die Zunahme von Niedriglöhnen und Einkommensarmut stellt einen Risikofaktor für künftige Altersarmut dar. Dies gilt in besonderem Maße für Frauen, die über keine kontinuierliche Erwerbsbiografie verfügen und oft geringere Löhne für gleichwertige Arbeit hinnehmen müssen.

Je nach Definition wird die Zahl der Niedriglohn-Empfänger bundesweit auf 6 bis 9 Millionen Menschen geschätzt. Rund 63 Prozent der unter 7,50 Euro-Beschäftigten sind weiblich (FR vom 06.12.2007). Die Betroffenen zahlen nur geringe Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung und erwerben deshalb auch nur geringere Rentenanwartschaften. Hinzu kommt, dass sie oftmals nicht über die erforderlichen finanziellen Mittel für die notwendige private Altersvorsorge verfügen.

3) Kinder sind besonders betroffen
Niedriglöhne und Lohndumping treffen nicht allein die Arbeitnehmer, sondern auch deren Familienangehörige. Ganz besonders betroffen sind die Kinder. So wird die Zahl der auf Sozialhilfeniveau lebenden Kinder bis 18 Jahre in Deutschland auf 2,2 bis 2,5 Millionen geschätzt. In Niedersachsen beziehen 200.460 Kinder unter 15 Jahren (das sind 16,2 Prozent) das Sozialgeld nach dem SGB II.

Mindestlöhne stellen einen wesentlichen Beitrag zur Überwindung der Armutsschwelle und Kinderarmut dar. Ein das Leben sichernde Einkommen trägt im Übrigen zur Stärkung des Selbstbewusstseins und der Würde der betroffenen Menschen bei.

4) Mehr qualifizierte Arbeitsplätze
Gut Dreiviertel der bundesweit im Niedriglohnsektor arbeitenden Menschen besitzen eine Berufsausbildung oder einen akademischen Abschluss. Qualifizierte Arbeitnehmer sind aufgrund der Hartz IV-Gesetzgebung gezwungen, geringer qualifizierte und niedriger

DGB-Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt
Tina Kolbeck – Pressesprecherin
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
tina.kolbeck@dgb.d
Otto-Brenner-Straße 7, 30159 Hannover
Telefon 0511-12601-32, Telefax 12601-57
www.niedersachsen.dgb.de

SoVD Niedersachsen
Christian Hoffmann - Landespressesprecher
Abteilungsleiter Presse und Kommunikation
Christian.Hoffmann@SoVD-nds.de
Herschelstraße 31, 30159 Hannover
Tel.: 0511 / 70 148 – 69, Fax: 70 148 - 70
www.sovd-nds.de

bezahlte Arbeit anzunehmen und Geringqualifizierte von möglichen Arbeitsplätzen zu verdrängen. Arbeitslose dürfen deshalb nicht mehr gezwungen werden, schlecht bezahlte Arbeitsplätze anzunehmen, für die sie überqualifiziert sind. Qualifikationen gehen dadurch nach und nach verloren.

5) Kombilöhne sind keine Lösung
Kombilöhne sind in fast allen politischen Lagern populär. Die Beschäftigungseffekte aller bisherigen Kombilohnmodelle sind – wenn überhaupt – nur sehr gering. Modellrechnungen haben gezeigt, dass eine flächendeckende Ausdehnung sehr teuer würde. Wegen der Ersetzung von regulärer Arbeit durch subventionierte Beschäftigung werden kaum positive Nettoeffekte erzeugt. Das gilt auch für den so genannten Niedersächsischen Kombilohn.

6) Qualifizierung und Förderung
Benachteiligte Menschen und Menschen mit Behinderungen haben es besonders schwer, eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu bekommen. Deshalb sind qualifizierte Förderung und Qualifizierung sowie ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum sicherzustellen.

7) Lohndumping senkt die Produktivität
Mindestlöhne sind geeignet, dem Lohndumping und dem „Gegeneinander-Ausspielen“ der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu begegnen. Sie erhöhen die Motivation der Menschen und wirken sich positiv auf die Produktivität der Arbeit aus. Damit würden auch der Wirtschaftsstandort Niedersachsen und die Kaufkraft gestärkt.

8) Mindestlöhne verhindern Schwarzarbeit
Menschen arbeiten in der Regel „schwarz“, weil sie von ihrem geringen Lohn nicht leben können. Da der Mindestlohn für ein höheres Einkommen sorgt, sind sie nicht mehr auf zusätzliches Einkommen über Schwarzarbeit angewiesen. Mindestlohn stellt damit eine Form der Bekämpfung von Schwarzarbeit dar.

9) Mindestlöhne finden Unterstützung
In Umfragen, zuletzt de STERN (01/2008), sprechen sich rund 71 Prozent der Bevölkerung für die Einführung eines Mindestlohns aus. DGB und SoVD wollen dies mit ihrer gemeinsamen Erklärung bekräftigen.

10) Mindestens 7,50 Euro
Wir fordern alle verantwortlichen Politiker in Niedersachsen auf, sich dafür einzusetzen, dass das Entsendegesetz auf alle Branchen ausgedehnt und ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro beschlossen wird. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass das Gesetz durch effektive Kontrollen durchgesetzt wird.

DGB-Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt
Tina Kolbeck – Pressesprecherin
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
tina.kolbeck@dgb.d
Otto-Brenner-Straße 7, 30159 Hannover
Telefon 0511-12601-32, Telefax 12601-57
www.niedersachsen.dgb.de

SoVD Niedersachsen
Christian Hoffmann - Landespressesprecher
Abteilungsleiter Presse und Kommunikation
Christian.Hoffmann@SoVD-nds.de
Herschelstraße 31, 30159 Hannover
Tel.: 0511 / 70 148 – 69, Fax: 70 148 - 70
www.sovd-nds.de